

**Haushaltsrede des Vorsitzenden der CDU-Stadtratsfraktion  
Torbjörn Kartes  
Doppelhaushalt 2017/2018**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

**Einleitung**

Ich kann mich noch sehr genau erinnern, wie schwer es uns gefallen ist, als wir irgendwann in 2010 konstatieren mussten, dass unsere Stadt eine Milliarde Euro Schulden hat. Eigentlich eine unvorstellbar große Zahl – zumindest für eine Stadt unserer Größenordnung. Nur liegt uns der Doppelhaushalt für die Jahre 2017 und 2018 vor und wir wissen, dass wir in beiden Haushaltsjahren wieder enorme Fehlbeträge haben werden. Diese bewegen sich zwischen 90 und 100 Millionen Euro pro Haushaltsjahr – in der eher Tendenz weiter steigend. Ende 2018 wird unsere Stadt mit ca. 1,4 Milliarden Euro verschuldet sein. Wir werden oft gefragt und fragen uns das auch selbst, wie soll das eigentlich weitergehen. Unsere Kommunalaufsicht schreibt uns hierzu wiederkehrend: „Die Stadt Ludwigshafen verstößt gegen die gesetzlichen Haushaltsausgleichsgebote (§ 93 Abs. 4 GemO) und gegen das Gebot der Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung (§ 93 Abs. 1 S. 1 GemO). Ich werde hierauf noch zurückkommen.

Vorneweg aber, es gibt in diesem Zusammenhang mehrere Feststellungen, die nicht oft genug wiederholt werden können, auch wenn wir sie schon oft genug kundgetan haben, in Aktionsbündnissen, durch Resolutionen, in Interviews, gegenüber Abgeordneten und Regierungsvertretern von Bund und Land. Fakt ist, das Grundproblem unserer Finanzen haben wir nicht selbst verschuldet. Und - wir werden aus eigener Kraft eine umfassende Entschuldung nicht mehr durchführen können.

Wir brauchen eine grundlegende Neuausrichtung der Finanzordnung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, unser Haushalt muss dauerhaft auf eine neue und solide Grundlage gestellt werden. Zu dieser dringend notwendigen Neuordnung des Finanzsystems gehört zwingend eine politische Vereinbarung auch zum Abbau

unserer Altschulden. Das ist die Kernbotschaft die wir heute senden und wir sollten gemeinsam weiter dafür kämpfen, dass diese Neuordnung auch kommt.

Bei allen politischen Differenzen die wir sicher haben, ist es das, was uns denke ich eint. Und wir sind mit dieser Einschätzung ja auch nicht alleine. Wenn man den aktuellen Kommunalbericht des Landesrechnungshofs liest, dann gibt es dort mehrere Feststellungen, auf die ich aufmerksam machen möchte. Unter anderem ist dort zu lesen: „Für eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung ist eine umfassende Kommunalreform erforderlich. Im Hinblick auf die zeitlich verzögert einsetzenden Wirkungen sollte das Land seine Reformüberlegungen zügig vorantreiben“. Das finde ich schon einmal bemerkenswert.

Weiter heißt es: „Nach wie vor besorgniserregend ist die hohe Verschuldung aus Krediten zur Liquiditätssicherung. Diesen Krediten kommt entgegen ihrer gesetzlichen Bestimmung - kurzfristiger Ausgleich von Liquiditätsschwankungen - seit langem Finanzierungsfunktion zu. Insbesondere im Bereich der kreisfreien Städte ist die Belastung aus Liquiditätskrediten enorm. So hatte die Stadt Mainz Ende 2015 doppelt so hohe Liquiditätskredite aufgenommen wie sämtliche bayerischen und baden-württembergischen Kommunen zusammen.“ Zitat Ende. Das ist erschreckend und das zeigt – auch im Bundesvergleich – wo insbesondere die großen Städte in Rheinland-Pfalz heute stehen. Herr Feid hat das bei der Einführung des Haushalts mit „hohem Fieber“ umschrieben, für mich ist das schon mehr. Fieber geht erfahrungsgemäß auch wieder vorbei und es hat ja auch einen körperlichen Sinn, nämlich Infektionen zu bekämpfen. Der körperliche Zustand unserer Stadt ist schon so, dass sie ohne fremde Hilfe nicht wieder gesund werden kann. Wir haben das selbst nicht mehr in der Hand.

### **Kommunales Selbstverwaltungsrecht**

Ich möchte jetzt keinen Vortrag im Verfassungsrecht halten, aber möchte schon darauf hinweisen, dass die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit einem durch unser Grundgesetz garantierten Selbstverwaltungsrecht ausgestattet sind. Dieses Selbstverwaltungsrecht soll Kommunen in die Lage versetzen, in vielen Politikfeldern eigene politische Entscheidungen treffen zu können, weil wir hier vor Ort am besten entscheiden können, was wichtig ist für die Menschen die hier

zu Hause sind und wie wir unsere Stadt und unser Gemeinwesen entwickeln möchten.

Die Gewährleistung dieser Selbstverwaltung umfasst ganz ausdrücklich auch die Grundlagen der finanziellen **Eigenverantwortung**. Diese kommunale Selbstverwaltung ist aber ernsthaft in Gefahr, wenn wie im Haushalt der Stadt Ludwigshafen nur noch 8% auf sogenannte „freiwillige“ Aufgaben entfallen, die der kommunalen Selbstverwaltung unterworfen sind – also wo wir tatsächlich Gestaltungsspielraum haben. 92% der abgebildeten Ausgaben im Haushalt entfallen auf Pflichtaufgaben, die wir auf Grundlage von verschiedensten Gesetzen ausführen, vielfach ohne hierfür vom jeweiligen „Auftraggeber“ die Kosten erstattet zu bekommen. Wir haben also einen rechtlichen Anspruch auf eine adäquate Finanzausstattung und fordern dies nicht nur in der Haltung eines Bittstellers. Für die rheinland-pfälzischen Städte hat nun die Stadt Kaiserslautern stellvertretend gegen das Land geklagt. Auch wir werden weiter als selbstbewusstes Kommunalparlament auftreten und für eine Neuordnung kämpfen.

Entscheiden ist auch, dass Bund und Länder aufhören müssen, den Städten immer neue Aufgaben - vor allem im sozialen Bereich aufzuerlegen - ohne deren Kostenfolgen zu berücksichtigen. Diesbezüglich gibt eine klare Regelung in Artikel 49 unserer Landesverfassung. Hiernach ist das Folgende klar geregelt: „Überträgt das Land den Gemeinden die Erfüllung öffentlicher Aufgaben oder stellt es besondere Anforderungen an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben, hat es gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. Führt die Erfüllung dieser Aufgaben und Pflichten zu einer Mehrbelastung der Gemeinden, ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen“. Und es geht sogar noch weiter: „Das Land hat den Gemeinden auch die zur Erfüllung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Mittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern.“

Lassen Sie mich das, was wir vom Land erwarten, anhand der Leistungen für Flüchtlinge zeigen. Die Integrationsarbeit in Ludwigshafen ist vorbildlich und ich möchte mich bei allen die hierzu einen Beitrag leisten, bei den Mitarbeitern der Stadtverwaltung, der Hilfsorganisationen und den vielen Ehrenamtlichen ganz herzlich bedanken. Die Integration von Flüchtlingen ist von zentraler Bedeutung für

den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die Arbeit wird vor Ort in den Städten geleistet und dafür brauchen die Städte einen entsprechenden Kostenersatz. Wie Sie wissen hat der Bund beschlossen, sich mit 670 Euro pro Flüchtling an den Kosten zu beteiligen. Dieses Geld fließt leider nicht unmittelbar in die betroffenen Kommunen, sondern an das Land. Das Land hat nun entschieden, hiervon nur die Hälfte an die Kommunen weiterzuleiten. Dies führt dazu, dass wir in Ludwigshafen nicht ausreichend durch das Land unterstützt werden, sondern ein Teil der Kosten durch den städtischen Haushalt finanziert werden muss. Und noch eine Bemerkung hierzu, für unsere Investitionskosten zur Unterbringung von Flüchtlingen bekommen wir überhaupt keine Unterstützung. Jetzt hat der Bund entschieden, dass er den Ländern für 2016, 2017 und 2018 zusätzlich eine jährliche Integrationspauschale in Höhe von zwei Milliarden Euro zur Verfügung stellt. Für das Land Rheinland-Pfalz bedeutet dies 96 Mio. Euro Mehreinnahmen pro Jahr. Es ist ein Skandal und ich sage das bewusst so, dass die Landesregierung entschieden hat dieses Geld nur in 2016 an die notleidenden Kommunen weiterzuleiten. In 2017 und 2018 soll dieses Geld im Landeshaushalt verbleiben. Das bedeutet am Ende eine kalte Kommunalisierung der Flüchtlingskosten und einen weiteren Anstieg unserer Verschuldung. Wir fordern als CDU – und gerade in der Flüchtlingsfrage können wir dies von der Landesregierung denke ich auch erwarten – eine Spitzabrechnung der Kosten wie in anderen Bundesländern auch, die die realen Kosten unserer Integrationsarbeit abdeckt.

Meine Damen und Herren, dies war nur ein Beispiel, wie es zu unserer Verschuldung kommt. Generell gilt, dass der gesetzlich geregelte Finanzausgleich in der Praxis nicht bei uns ankommt. Wir erwarten für 2017 Gesamtaufwendungen im Bereich der sozialen Sicherung in Höhe von 295,7 Mio. Euro. Im Gegenzug erhalten wir hierfür Erträge, Zuweisungen und Ausgleichsleistungen in Höhe von 141,5 Mio. Euro. Das strukturelle Defizit beträgt – also das was von der Stadt finanziert werden muss – beträgt folglich 154,2 Mio. Euro. Für 2018 sind die Zahlen weiter steigend, wie sollte es auch anders sein. Seit 2009 bis einschließlich 2015 hat uns dieses strukturelle Defizit bereits 900 Mio. Euro gekostet, im Schnitt also 130 Mio. Euro pro Haushaltsjahr. Dies werden wir bei aller Anstrengung nicht finanzieren und ausgleichen können. Die Last der sozialen Sicherung muss daher gänzlich neu zwischen Bund, Land und unserer Stadt verteilt werden. Und nur um dies noch

einmal deutlicher zu machen, wir wären praktisch schuldenfrei, wenn es das beschriebene strukturelle Defizit nicht gäbe.

Klar ist, dass auch wir einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten und weiter sparen müssen. Dass wir dies entschlossen tun, sieht man an vielen Stellen in unserem Haushalt. So gibt es kaum noch wirklichen kommunalen Gestaltungsspielraum und wir beschränken uns ganz überwiegend, zu über 92 Prozent, auf absolute Pflichtausgaben. Eines schmerzt uns dabei besonders und das möchte ich heute für die CDU ganz deutlich formulieren: unsere Stadt lebt ganz stark von ehrenamtlichem Engagement in ganz unterschiedlichen Facetten. Gerade in der Flüchtlingskrise hat sich dies deutlich wieder gezeigt, aber es gibt natürlich auch andere Themenfelder. Die Haushaltslogik unserer Kommunalaufsicht zwingt uns dazu, dass wir die Zuschüsse an die vielen Vereine, sozialen und kulturellen Einrichtungen seit vielen Jahren nicht mehr erhöhen konnten und diese damit faktisch – vor allem durch gestiegene Personalkosten – sogar reduziert worden sind. Das kann für unsere Stadtgesellschaft keine Zukunftslösung mehr sein und daher werden wir mit dem Land darüber streiten müssen, ob die Deckelung im freiwilligen Leistungsbereich so bleiben kann. Aus unserer Sicht kann es das nicht sein und vor allem hat das mit kommunaler Selbstverwaltung nichts mehr zu tun!

Und jetzt – pünktlich zum Wochenende erreicht uns die Haushaltsverfügung des Landes für den 2. Nachtragshaushaltsplan 2016. Darin vertritt das Land nun erstmals die Auffassung, dass der ÖPNV-Verlustausgleich im Rahmen des Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrages mit der TWL – als das was die Stadt unmittelbar für den Betrieb des ÖPNV zahlt – eine freiwillige Leistung darstellt. Ich denke, dass wir darüber werden streiten müssen und ich halte es für absoluten Hammer, wenn wir die Kosten für den ÖPNV vielleicht gedeckelt bekommen (wie im freiwilligen Leistungsbereich üblich) und gegen andere angeblich so freiwillige Leistungen rechnen müssen. Gerade im Hinblick darauf, dass wir unseren ÖPNV vor dem Neubau der Stadtstraße stärken möchten und müssen – und dies kostet natürlich Geld – und das Land weiß das ja auch, kann ich Ihnen heute noch nicht sagen wohin das führt. Eines ist aber klar, wir werden es nicht akzeptieren, dass das Land einfach die Spielregeln ändert und dies zu Lasten unserer freiwilligen

Leistungen, zu Lasten unserer Zuschüsse an soziale Einrichtungen und die vielen Vereine, also der zu Lasten der Menschen in unserer Stadt, geht.

## **Keine Steuererhöhungen**

Es gibt auch Maßnahmen gegen die wir uns bewusst entschieden haben. Auch darüber möchte ich heute sprechen. Eine davon ist – und das wird immer wieder gerne gefordert, gerade auch vom Land – die Steuern zu erhöhen. So wird in einem Schreiben der ADD an die Stadt aus dem April dieses Jahres angeregt den Hebesatz der Grundsteuer von 420 % um 40%-Punkte auf 460 % anzuheben. Im Kommunalbericht des Rechnungshof Rheinland-Pfalz heißt es hierzu etwas differenzierter: „Insbesondere kreisfreie Städte mit unausgeglichene Haushalten sollten zudem erwägen, ihre Realsteuerhebesätze mehr als bisher dem Länderdurchschnitt anzugleichen“. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Mit unserem aktuellen Hebesatz in Höhe von 420 % liegen wir deutlich über dem Durchschnittswert in Rheinland-Pfalz. Dieser beträgt nach einem Bericht des Statistischen Landesamts Rheinland-Pfalz aus dem Juni 2016 durchschnittlich 395 %. Was würde eine solche Erhöhung übersetzt bedeuten: Nun, für ein Einfamilienhaus in Ludwigshafen führt dies – je nach Lage – zu einer Erhöhung zwischen 30 und 120 Euro im Jahr. Das ist schon richtig Geld. Und für uns ist es auch viel zu kurz gesprungen, nur auf einzelne Steuersätze zu blicken. Der Effekt verpufft, so schnell können wir das gar nicht im Haushalt verarbeiten. Aber, die Belastung der Menschen in unsere Stadt ist da. Und wir sehen nicht ein, dass die Menschen in Ludwigshafen – für die fehlerhafte Kostenverteilung zwischen Bund, Land und Kommune – weiter die Zeche zahlen sollen. Das ist so einfach mit uns nicht zu machen und daher gibt es in diesem Doppelhaushalt auch keine Steuererhöhungen.

## **Schwerpunkte**

Wir lassen uns durch die prekäre Haushaltslage aber auch nicht entmutigen, sondern bringen unsere Ideen und unser Engagement ein, um die Stadt nach vorne zu bringen. Ich möchte nur einige wichtige Beispiele heute nennen, diese machen aber deutlich, dass man auch in Zeiten knapper Kassen eine Stadt gestalten kann. So

sind im Zusammenhang mit dem Abriss der Hochstraße Nord und **Bau der neuen Stadtstraße** für die nächsten zwei Jahre 25,4 Mio. Euro im Haushalt eingestellt, damit dieses Projekt von uns weiter forciert werden kann. Es wird – wenn es realisiert werden kann – die Mitte unserer Stadt ganz grundlegend verändern und viele neue Gestaltungsoptionen für die Zukunft eröffnen. Offen ist derzeit leider noch die Gesamtfinanzierung der Stadtstraße. Es versteht sich von selbst, dass bei dieser Haushaltslage neben den nicht förderfähigen Kosten – wie Planungskosten – von der Stadt nur ein geringer Kostenanteil geschultert werden kann. Entsprechende Gespräche werden in den nächsten Monaten geführt werden. Ich begrüße es sehr, dass es – wie ich von unserer Oberbürgermeisterin erfahren habe – hierzu im Januar ein Gespräch mit Verkehrsminister Volker Wissing geben wird. Angesichts der Finanzlage unserer Stadt und der überregionalen Bedeutung dieser Straße setzen wir darauf, dass sich Bund und Land deutlich stärker als bisher angekündigt an dieser Infrastrukturmaßnahme beteiligen und wir werden uns dafür weiter stark machen.

Als Vorbereitung für diese Maßnahme, soll unter anderem die **Hochstraße Süd** bis 2019 für knapp 25 Mio. € so ertüchtigt werden, dass dort danach keine größeren Bauarbeiten mehr nötig sind. In den **ÖPNV** investieren wird in den nächsten zwei Jahren 26 Mio. Euro. Ganz wichtig ist uns auch, dass die **Sanierung des Willersinn-Bades** weiter geht und abgeschlossen werden kann. Die Kosten für den 3. Bauabschnitt werden sich auf rund 2 Millionen Euro belaufen. Ein kurzer Blick in die Verwaltung: wir müssen auch unsere eigenen Mitarbeiter qualifizieren und daher begrüßen wir es sehr, dass in den kommenden beiden Haushaltsjahren jeweils ca. 900.000 Euro für Personalentwicklung eingestellt sind. Dies ist im Vergleich zum Rechnungsergebnis in 2015, dort waren es noch 580.000 Euro, eine beachtliche Steigerung und es ist ganz wichtig, dass wir dies ermöglichen können.

Wie in den vergangenen Jahren auch liegt der Schwerpunkt unserer Investitionstätigkeit bei den Kindergärten und Schulen. Das **Schulausbauprogramm** umfasst in beiden Haushaltsjahren rund 16 Mio. Euro und wird damit auch in den beiden nächsten Haushaltsjahren fortgesetzt.

Für den **Ausbau unserer Kindertagesstätten** haben wir in den letzten Jahren insgesamt schon über 80 Mio. Euro verausgabt. Hiervon wurden bisher nur 10,1 Mio. Euro von Bund und Land übernommen. Das ist vor dem Hintergrund der ursprünglichen Zusage, dass Bund, Länder und Kommunen jeweils 1/3 der Kosten übernehmen – und wir reden hier nur von Investitionskosten, nicht aber von laufenden Kosten, insbesondere Personalkosten – nicht zu akzeptieren. Dennoch und mit großer Überzeugung investieren wir in den nächsten beiden Haushaltsjahren ,geführt von unserer Dezernentin Cornelia Reifenberg, noch einmal gut 43 Mio. Euro, weil wir in unserer Stadt zum Glück den ganz großen Bedarf nach weiteren Kitagruppen haben, weil wir eine Stadt sind die weiter wächst und weil wir wissen, dass eine gute Kinderbetreuung heute eine Grundvoraussetzung für die Attraktivität einer Stadt ist!

Die CDU-Stadtratsfraktion hat sich im Rahmen der Haushaltsberatungen zudem intensiv mit der **Grünflächenpflege** im Stadtgebiet beschäftigt. Bezüglich des Zustands unserer öffentlichen Grünflächen gibt immer wieder Kritik aus der Bevölkerung. Diese Kritik nehmen wir sehr ernst – und daher ist dies auch eines unserer Schwerpunktthemen. Baudezernent Klaus Dillinger hat vor diesem Hintergrund bereits in 2015 ein Kompetenzteam „Grünpflege“ ins Leben gerufen, um fraktionsübergreifend die Situation zu analysieren und einen neuen Masterplan zu erarbeiten. Die Ergebnisse sind in der Sitzung des Werkausschusses am 02. Dezember 2016 präsentiert worden. Klar war für uns sehr früh, dass die im Doppelhaushalt eingestellten Beträge von jeweils 7,5 Mio. Euro pro Haushaltsjahr nicht ausreichen werden, um eine sichtbare Verbesserung der Situation zu erreichen. Grünpflege erfordert vor allem Personaleinsatz – entweder durch eigenes Personal oder durch Dritte – sowie eine intelligente Koordination der Maßnahmen. Hierbei geht es uns nicht darum überall im Stadtgebiet Ziergartenflächen zu schaffen, sondern es geht um ein gepflegtes und sauberes Stadtbild! Dabei stehen der Werterhalt unserer Infrastruktur und die Verkehrssicherheit mit im Vordergrund. Wir haben uns daher entschieden dafür einzusetzen, dass die geplanten Haushaltsmittel in den nächsten beiden Haushaltsjahren schrittweise erhöht werden. Dies ist vor dem Hintergrund steigender Personalkosten und einer starken Belastung der Mitarbeiter des WBL – auch durch zusätzlich geschaffene Grünflächen in den Neubaugebieten der Stadt – dringend erforderlich. In Zahlen bedeutet dies: 1 Mio. Euro mehr in 2017 und 1,5 Mio.

Euro mehr in 2018. Das ist ein ganz wichtiger Schritt hin zu einem besseren Zustand unserer Grünflächen und damit zur Attraktivität unserer Stadt!

Diese Offensive für ein gepflegteres und sauberes Stadtbild wird ergänzt durch verschiedene personelle Maßnahmen die auf Initiative unserer Oberbürgermeisterin, Dr. Eva Lohse, im Stellenplan der Stadt aufgenommen worden sind. So schaffen wir im Bereich Umwelt zwei neue Planstellen für **Parkaufseher**. Diese werden unsere Park- und Sportanlagen sowie unsere Kinderspielplätze im Stadtgebiet intensiv bestreifen, dort präventiv tätig werden und Umweltsünder hoffentlich auf frischer Tat ertappen. Wer sich unsere Parkanlagen – sei es auf der Parkinsel oder im Ebertpark – an einem Montag nach einem sonnigen Wochenende einmal angesehen hat, der weiß, dass diese Maßnahmen leider bitter notwendig sind. Dies ist sehr bedauerlich, aber ohne stärkere Kontrollen nicht zu ändern. Auch der **kommunale Vollzugsdienst** wird personell deutlich aufgestockt. Insgesamt gibt es fünf neue Vollzeitstellen die zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beitragen werden. Ergänzt werden diese Maßnahmen für mehr Sicherheit und Ordnung zusätzlich durch zwei weitere Planstellen im Sachgebiet Gaststätten und Spielrecht bzw. Spielautomaten. Insgesamt glauben wir damit die richtigen Akzente zu setzen. Wir erwarten messbare Ergebnisse dieser Personalmehrungen und ich kann für die CDU-Stadtratsfraktion bereits heute sagen, dass wir diese Ergebnisse einfordern werden. Unser Ziel ist es, dass wir unsere Stadt damit zumindest ein Stück weit sauberer und sicherer machen.

### **Zustimmung zum Haushalt**

Ich komme zum Schluss. Im Namen der CDU-Stadtratsfraktion danke ich dem Stadtvorstand mit unserer Oberbürgermeisterin an der Spitze, den Vorständen und Geschäftsführern der städtischen Gesellschaften, den Personal- und Betriebsräten sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des „Konzerns Stadt“ für die im zu Ende gehenden Jahr geleistete Arbeit. Dem Haushaltsentwurf für die Jahre 2017 und 2018 in der Gestalt, die er auf Grund der Haushaltsberatungen erhalten hat, stimmt die CDU-Stadtratsfraktion zu.

Vielen Dank.